Wir kommen damit zu:

11 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern (Landesaufnahmegesetz – LAufG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/964

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs würde ich der Landesregierung in Gestalt von Herrn Minister Laschet das Wort erteilen. Allerdings hat sich Herr Minister Laschet im Hinblick auf die Veranstaltung der Region Ostwestfalen-Lippe damit einverstanden erklärt, seine **Einbringungsrede zu Protokoll** (siehe Anlage 3) zu nehmen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich sehe große Zustimmung und Begeisterung des gesamten Hauses.

Dann darf ich auch hier über die Empfehlung des Ältestenrats zur **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/964** an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** – federführend – sowie an den **Innenausschuss** abstimmen lassen. Wer ist gegen diese Überweisungsempfehlung? – Enthaltungen? – Das alles ist erkennbar nicht der Fall. Dann ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen damit zu:

12 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/913

erste Lesung

Zur Einbringung würde ich der Landesregierung in Gestalt von Herrn Minister Laschet das Wort erteilen. Wird das auch zu Protokoll gegeben? – Herzlichen Dank. Dann wird auch diese **Einbringungsrede** mit großer Zustimmung des gesamten Hauses **zu Protokoll** (siehe Anlage 4) gegeben, und wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/913** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, der möge mit der Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dies mit Zustimmung aller Fraktionen in unterschiedlicher Beteiligung so angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu:

13 Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/909

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs würde ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Pinkwart das Wort erteilen. Allerdings hat auch er signalisiert, dass er mit Zustimmung des gesamten Hauses – diese ist gegeben, wie ich sehe – seine **Einbringungsrede zu Protokoll** (siehe Anlage 5) gibt. Eine Beratung für heute nicht vorgesehen. Wir kommen damit zum Schluss der Beratung.

Ich lasse abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt hier die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/909** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, der möge mit der Hand aufzeigen. – Mit Zustimmung aller Fraktionen ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu:

14 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im zweiten Quartal des Haushaltsjahres 2005

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß Art. 85 Abs. 2 LV
Vorlage 14/132

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/908

Eine Debatte ist hierzu heute nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über den Antrag des Finanzministers in Vorlage 14/132 kommen.

Anlage 3

Von Minister Armin Laschet zu Punkt 11 der Tagesordnung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern (Landesaufnahmegesetz – LAufG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG) – zu Protokoll gegebene Rede:

Mit dem Artikelgesetzentwurf bringt die Landesregierung den Entwurf eines Änderungsgesetzes zum Landesaufnahmegesetz und eines dritten Änderungsgesetzes zum Flüchtlingsaufnahmegesetz in die parlamentarische Beratung ein. Neben der redaktionellen Änderung der Zuständigkeitsregelung für die Anhörung des zuständigen Landtagsausschusses bei einer Änderung der Verordnung über vertriebenenrechtliche Beiräte geht es hauptsächlich um die Anpassung der gesetzlichen Regelungen für die Integration der jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen.

In der Hauptsache ist das Änderungsgesetz erforderlich, weil am 1. Oktober 2005 neue bundeseinheitliche Aufnahmebedingungen für jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer in Kraft getreten sind und deshalb entsprechende landesrechtliche Vorschriften angepasst werden müssen.

Ziel der Gesetzesnovelle ist es, die Verteilung auf die Aufnahmegemeinden und die finanziellen Leistungen des Landes an die Kommunen für die Aufnahme und Betreuung der jüdischen Zuwandererfamilien – wie in der Vergangenheit auch – weiter fortzuführen, obwohl sich die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen zwischenzeitlich geändert haben.

Die Novellierung des Landesaufnahmegesetzes und des Flüchtlingsaufnahmegesetzes sind erforderlich, da nach dem Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsrechts ab 1. Januar 2005 das Aufnahmeverfahren für jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer durch die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (Innenministerkonferenz) neu geregelt worden ist.

Bisher bildete das Kontingentflüchtlingsgesetz in Verbindung mit der Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz aus dem Jahre 1991

die Grundlage für die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.

Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde das geltende Ausländergesetz mit Wirkung zum 1. Januar 2005 durch das neue Aufenthaltsgesetz ersetzt. Gleichzeitig wurde das Kontingentflüchtlingsgesetz vom 22. Juli 1980 außer Kraft gesetzt.

Diese neuen bundesgesetzlichen Vorgaben für den Ausländerzuzug erforderten eine Anpassung der Regelungen für die jüdische Zuwanderung im Bundesgebiet. Die Innenministerkonferenz hat unter dem 18. November 2005 einvernehmlich neue Aufnahmebedingungen für diese Zuwanderergruppe mit Wirkung vom 1. Oktober 2005 beschlossen.

Eine gewichtige Neuerung hierbei ist, dass zukünftig unterschiedliche Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz für Zuwanderer jüdischer Abstammung und deren Familienangehörige, die selbst nicht jüdischer Abstammung sind, erteilt werden. Nach den neuen Regelungen erhalten wie bisher Zuwanderer jüdischer Abstammung eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz. Mit einreisende Familienangehörige, die selbst keine jüdische Abstammung nachweisen können, erhalten für den dauerhaften Aufenthalt im Bundesgebiet eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz.

Die Tatsache, dass den Familienangehörigen zukünftig für den berechtigten Aufenthalt im Bundesgebiet Aufenthaltserlaubnisse und keine Niederlassungserlaubnisse erteilt werden, hat auch rechtliche Konsequenzen für die künftige landesinterne Aufnahme und Integration der jüdischen Familienverbände.

Nach der bisherigen Rechtslage haben alle aufgenommenen jüdischen Zuwanderer einschließlich der Familienangehörigen eine Niederlassungserlaubnis erhalten und wurden dementsprechend nach dem Landesaufnahmegesetz auf die Kommunen des Landes verteilt. Die Kommunen erhalten Quartalspauschalen als finanzielle Erstattungsleistungen nach dem Landesaufnahmegesetz für diese Personengruppe, wenn die Zuwanderer Sozialtransferleistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) oder Zwölftes Buch (SGB XII) erhalten.

Die Gesetzesnovelle zum Landesaufnahmegesetz und Flüchtlingsaufnahmegesetz folgt den neuen bundesrechtlichen Rahmenbedin-

gungen über die differenzierten Aufenthaltstitel für den Familienverband der jüdischen Zuwanderer.

Im Sinne einer sozialverträglichen Aufnahme und Integration werden mit der Novelle die landesrechtlichen Vorschriften zur Verteilung und der Kostenerstattung nach dem Landesaufnahmegesetz auch für Familienangehörige mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz geöffnet.

Die Neuregelung im Landesaufnahmegesetz gewährleistet für die Zukunft auch weiterhin eine gemeinsame Verteilung von jüdischen Zuwanderern und deren Familienangehörigen. Die Zuweisung eines Wohnortes für den Familienverband kann damit auch weiterhin nach der bisher geübten und bewährten Praxis durch die Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge Unna-Massen erfolgen.

Die Landeserstattungen nach § 10a Landesaufnahmegesetz entsprechen sowohl für die Höchstdauer als auch im Umfang den finanziellen Leistungen an die Kommunen nach den bisherigen gesetzlichen Quartalspauschalen von 990 € beziehungsweise 188 € pro

Person zuzüglich einer Betreuungspauschale von 46 € pro Quartal und Person. Mit der Gesetzesanpassung sind keine Nachteile weder für den Landeshaushalt noch für die kommunalen Haushalte zu erwarten, da die Novelle die bisherige Verwaltungspraxis fortführt.

Die gleichzeitige Anpassung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes gewährleistet, dass Ansprüche hinsichtlich der Verteilung und Kostenerstattung nach diesem Gesetz für jüdische Zuwanderer und deren Familienangehörige ausgeschlossen sind.

Ohne eine zeitgleiche Anpassung der Landesgesetze würden wie bisher Verteilung und Pauschalzuzahlungen an die Kommunen für die Zuwanderinnen und Zuwanderer mit einer jüdischen Abstammung nach dem Landesaufnahmegesetz erfolgen.

Aber die Verteilung und die Landeserstattungen für die mit einreisenden Familienangehörigen wären abweichend von der bisherigen Praxis nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz zu leisten.

Dies wäre nicht im Einklang mit dem Prinzip einer sozialverträglichen Aufnahme und Integration in Nordrhein-Westfalen.